



Neujahrsmedienkonferenz vom 6. Januar 2009 in Herbligen BE

Steuerzahler und Konsumenten zahlen fairen Preis

Referat von Jacques Bourgeois, Nationalrat und Direktor Schweizerischer Bauernverband
(es gilt das gesprochene Wort)

Die Landwirtschaft produziert qualitativ hochwertige Lebensmittel und Rohstoffe für die Ernährungsindustrie und die Konsumenten. Mit der Produktion verbunden sind die von unserem Präsidenten erläuterten multifunktionalen Leistungen der Bauernfamilien. Leistungen haben immer einen Preis. Wer bezahlt die verschiedenen Arbeiten der Landwirtschaft? Auf der einen Seite ist hier die öffentliche Hand – also Bund, Kanton, Gemeinde – zu nennen. Diese gilt jene Leistungen ab, die sich nicht so verkaufen lassen, aber dennoch allen zugute kommen. Auf der anderen Seite stehen die Konsumenten, welche mit den Nahrungsmitteln, die sie einkaufen, die marktfähigen Güter der Land- und Ernährungswirtschaft übernehmen. Befassen wir uns etwas näher mit diesen finanziellen Inputs der Steuerzahler und Konsumenten.

Zuerst die Ausgaben der öffentlichen Hand, die zum allergrössten Teil in Form von Direktzahlungen in die Landwirtschaft fliessen. Diese Zahlungen stammen hauptsächlich vom Bund. Vergleicht man die verschiedenen Bundesaussgaben, dann macht die Landwirtschaft knapp 7% aus. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. In anderen Bereichen wie beispielsweise Bildung oder Sozialausgaben, stammt der grösste Teil des Gelds von den Kantonen und Gemeinden. Will man die Ausgaben der öffentlichen Hand fair vergleichen, dann müssen alle Stufen, sprich Bund, Kantone und Gemeinde miteinbezogen werden. Dabei sprechen wir im Jahr 2006 von einer Summe von rund 142 Milliarden Franken. Die Gesamtausgaben sind steigend, wobei sich die verschiedenen Positionen sehr unterschiedlich entwickeln. Der Anteil der Landwirtschaft an den gesamten öffentlichen Ausgaben betrug im Jahr 2006 weniger als 3%. Betrachtet man die Entwicklung seit Beginn der Agrarreform, dann sieht man, dass der Unterstützungsgrad zurückgeht. Verglichen mit 2002 erhielt 2006 jeder Betrieb im Schnitt 5'000 Franken weniger. Dies, obwohl die Produzentenpreise seit Beginn der Agrarreform um rund einen Viertel gesunken sind. Diese Einbussen mussten die Betriebe mit höherer Produktivität und tieferen Kosten wettmachen. Entsprechend ist die Anzahl Bauernbetriebe in der Schweiz zurückgegangen. Bleiben wir bei unserem Beispiel von einem Liter Milch: Umgerechnet bekommt ein Milchbauer für jeden Liter Milch rund 29 Rappen Direktzahlungen. Das ist eine reine Rechnungsgrösse: Die Direktzahlungen sind nicht an das Produkt gebunden.

Im Laden wird dieser Liter Milch für rund Fr. 1.55 verkauft. Damit sind wir beim zweiten finanziellen Input angelangt: Die Konsumenten als Abnehmer der marktfähigen Güter der Landwirtschaft. Gewisse Politiker behaupten gerne, dass Lebensmittel in der Schweiz zu teuer seien. Deshalb möchte ich hier verschiedene Aspekte etwas beleuchten: Entwicklung der Lebensmittelpreise in der Schweiz und im Ausland, Anteil der Lebensmittel an den Haushaltsausgaben in der Schweiz und im Ausland und die Kaufkraft und schliesslich der Anteil der Landwirtschaft am Ladenpreis. Tatsache ist: Die Konsumenten müssen für Lebensmittel immer weniger tief in die Tasche greifen. Zwar ist es immer noch so, dass in der Schweiz das Essen zwischen 30 und 50% mehr kostet, als in den umliegenden Ländern. Die Differenz ist kleiner geworden. Jeder, der in der letzten Zeit beispielsweise in Italien war, kann das bestätigen. In unseren Nachbarländern sind die Preise für Lebensmittel in den letzten Jahren stark angestiegen, während sie in der Schweiz relativ stabil blieben.

Ein entscheidendes Argument in der Preisdiskussion ist die Kaufkraft. Damit wird das verfügbare Geld bezeichnet. In der Schweiz profitieren wir von vergleichsweise guten Löhnen und tiefen Abgaben. Uns steht am Ende des Monats deutlich mehr Geld zur Verfügung als beispielsweise unseren deutschen oder französischen Nachbarn. Das bestätigt die alle zwei Jahre erscheinende Kaufkraftstudie der UBS, welche der Schweiz die beste Kaufkraft zugesteht. Das Verhältnis Kaufkraft/Konsumentenpreise ist folglich in der Schweiz absolut tadellos. Wir arbeiten gerade mal fünf

Minuten, um uns ein Kilo Reis leisten zu können. In München müssen die Menschen dafür 15 Minuten arbeiten, in der bulgarischen Hauptstadt Sofia gar 31 Minuten. Entsprechend sehen auch unsere Haushaltsausgaben verglichen mit anderen Ländern aus. Bei uns muss ein Haushalt im Schnitt heute 7,7% seines Budgets für das Essen ausgeben. Das ist ein weltweit einmalig tiefer Wert, in sehr armen Ländern sind es bis 75%, in Frankreich und Italien rund 11%.

Was also, meine Damen und Herren, soll die Jammerei wegen den vermeintlich zu teuren Lebensmitteln? Die Schweiz ist ein Hochpreisland. Die Schweiz ist aber auch ein Hochlohnland! Wenn wir Preise wie in Deutschland wollen, dann müssen wir auch bereit sein, unser Lohnniveau entsprechend anzupassen.

Zum Schluss noch ein weiterer Aspekt. Werden die Konsumentepreise günstiger, nur weil die landwirtschaftlichen Rohstoffe weniger kosten? Nein. Seit dem Start der Agrarreform gingen die Produzentenpreise um rund ein Viertel zurück. Die Ladenpreise auf der anderen Seite stiegen in der gleichen Zeit. Eine Erklärung dafür ist der relativ kleine Anteil. Über alle Lebensmittel gesehen, macht der Rohstoff etwa ein Viertel des Ladenpreises aus. Bei wenig verarbeiteten Produkten ist er höher, bei stark verarbeiteten kleiner. Dazu ein paar Beispiele: Beim Brot machen die Rohstoffe 13% des Konsumentenpreises aus, bei Pommes frites 3,2%, bei Joghurt 16% und bei Pastmilch 48%. Erhalten die Produzenten beispielsweise einen Zehntel mehr für ihre Rohstoffe, so verteuert sich das Pfänderli Brot um 2 Rappen, ein Kilo Pommes frites um 10 Rappen, der grosse Joghurtbecher um 2 Rappen und der Liter Milch um 7 Rappen. Und gegen unten dasselbe in grün. Eine geringe Veränderung des Verkaufspreises kann schon eine grosse Auswirkung auf das Einkommen der Bauernfamilien haben – jeder Rappen zählt also.

Kurz und gut: Die Schweizer Steuerzahler und Konsumenten bezahlen immer weniger und bekommen dafür eine Reihe unbezahlbarer Leistungen in Bezug auf Lebensmittelsicherheit, Nachhaltigkeit und Tierwohl. Es besteht kein Grund zur Klage.